

Antrag C004: Mensch vor Marge: Dem Vorgehen aggressiver Finanzinvestoren gegenüber Unternehmen und Beschäftigten Grenzen setzen

Antragsteller*in:	Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	C - Transformation gerecht gestalten, in die Zukunft investieren

- 1 Der DGB Bundesvorstand wird gebeten, unter dem Dach des Gewerkschaftsbundes eine
- 2 Plattform für haupt- und ehrenamtliche Gewerkschafter*innen aus
- 3 Mitgliedsgewerkschaften, interessierten Betriebsrät*innen und Wissenschaftler*innen
- 4 einzurichten, mit den folgenden Zielen:
- 5 1. Systematisiertes Zusammentragen und Aufbereiten von Informationen über Investoren
- 6 und Investitionsfonds und ihr Agieren in Unternehmen und gegenüber den
- 7 Mitbestimmungsorganen der Beschäftigten,
- 8 2. daraus abgeleitet das Entwickeln von gewerkschaftlichen Forderungen an die
- 9 politischen Institutionen der unterschiedlichen Ebenen – Deutschland, Europa,
- 10 International – mit dem Ziel, negative steuer-, aktien-, handels- und/oder
- 11 bilanzrechtliche Anreize etc. für ein kurzfristiges und sozial blindes Ausbluten von
- 12 Unternehmen und Beschäftigung zu unterbinden, und
- 13 3. im Gegenzug Modelle zu entwickeln, wie unter staatlicher Mitwirkung und Aufsicht
- 14 die Finanzierung der nötigen ökologischen und technologischen Transformationsprozesse
- 15 von Industrie und Dienstleistungen forciert und sozial gerecht und
- 16 mitbestimmungsorientiert ausgestaltet werden können.

Begründung

Während Arbeitnehmer*innen und auch Unternehmen mit den Folgen der Corona-Krise und den vielfältigen Herausforderungen der Transformation zu kämpfen haben, ist das Kapital, das in Investitionsfonds nach Anlage sucht, auf bislang ungekannte Höhen gestiegen. Alleine das von der deutschen Investmentbranche verwaltete Vermögen stieg in den Jahren zwischen 2018 und 2020 um 23 Prozent auf 3.851 Milliarden Euro.

Alle Mitgliedsgewerkschaften des DGB haben in der Vergangenheit – leider häufig keine guten - Erfahrungen mit der sogenannten Finanzialisierung von Unternehmen gemacht und es geraten immer weitere Branchen und Sektoren in den Blick von teilweise aggressiv agierenden Investitionsfonds: nun auch sichtbar in der Pflege und in der Agrar- und Ernährungsindustrie.

Aus Sicht von Betriebsräten und Beschäftigten sind diese Prozesse intransparent, und die Folgen teils drastisch: die bedingungslose „Werterschließung“ und Profitorientierung führt zu Re- und

Umstrukturierungen, die Veräußerung von Unternehmensteilen und Schließungen, auch unabhängig von Produktivität und Rentabilität. Tausende Beschäftigte verlieren ihre Arbeit, das Vertrauen in zu gestaltende Transformationsprozesse schwindet.